

Globalisierung und Gerechtigkeit

Die Verantwortung der Wirtschaftspolitik

Redetext

Prof. Dr. Gustav Horn

Wissenschaftlicher Direktor des IMK in der
Hans Böckler Stiftung

Frankfurt, 30.10. 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

In diesen Zeiten von der Verantwortung der Wirtschaftspolitik für Gerechtigkeit zu sprechen ist heikel. Wir stehen alle noch unter dem Eindruck der Krise auf den Finanzmärkten, die die Regierungen weltweit zu Rettungspaketen zwingen, die den Finanzsektor entlasten – und zwar zu Ungunsten der Steuerzahler, die in ihrer weit überwiegenden Mehrheit nicht die geringste Verantwortung für diese Krise tragen.

Auf den ersten Blick manifestiert sich in den jüngsten Ereignissen die ohnehin in weiten Teilen der Bevölkerung vermutete Ungerechtigkeit der jüngeren Wirtschaftsgeschichte in geradezu exemplarischer Weise. Und es ist ja auch richtig: Das alles ist ungerecht, das alles ist ein Skandal! Die Gier, der Leichtsinn und die gesamtwirtschaftliche Ignoranz von wenigen führen zur wirtschaftlichen Belastung von vielen.

Und doch signalisieren die vergangenen Tage und Wochen eine Zeitenwende. Mit dem globalen Programm zur Stabilisierung des Finanzsektors in all seinen verschiedenen nationalen Ausprägungen hat die internationale Staatengemeinschaft nach sicherlich intensivem Ringen mit großer Klarheit ein Zeichen gesetzt: Die Wirtschaftspolitik hat sichtbare Verantwortung für die globale wirtschaftliche Stabilität übernommen. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zu einer wirtschaftspolitischen Globalisierung, die der wirtschaftlichen endlich folgen muss. Man hat erkannt, dass das marktwirtschaftliche System durch Belohnung unternehmerischen Gewinnstrebens zwar auf der einen Seite eine Quelle dynamischer Wohlstandsmehrung ist, auf der anderen Seite aber das gleiche Streben auch den Keim der Krisenhaftigkeit durch Übersteigerungen in sich trägt.

Die Wirtschaftspolitik hat diese Krisenhaftigkeit (wieder) erkannt und adäquat gehandelt. Das ist eine deutliche Abkehr von der doch recht naiven Sichtweise, die auf einen ständigen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft beruhte, damit der Markt sich voll entfalten könne. Mehr

Deregulierung auf Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkten bedeute mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. So war doch die dominierende wirtschaftspolitische Lehre. Dieses generelle Heilsversprechen ist geplatzt. Wir werden wieder unseren Verstand benutzen müssen, um in jedem Einzelfall zu entscheiden, ob wir unter gesamtwirtschaftlichen Kriterien, und nicht nach einzelwirtschaftlichen häufig von Lobbyisten getragenen Argumenten, Regulierungsmaßnahmen wollen oder nicht. Ein blühender Markt braucht einen staatlichen Rahmen, in dem er sich voll entfalten kann, ohne dass auf Dauer der Wohlstand auch gerade durch den Markt selbst geschädigt wird.

Die Wirtschaftspolitik nicht nur in Deutschland und dem Euroraum, sondern in allen wirtschaftlich bedeutsamen Regionen scheint bereit, diesen Weg zu gehen. Das eröffnet die Chance nunmehr endlich auch einen globalen Regulierungsrahmen durchzusetzen, eine neue globale Finanzmarktarchitektur, die Auswüchse wie in den vergangenen Jahren erlebt, unwahrscheinlicher macht.

Die staatliche Aktivität kann sich aber in der gegenwärtigen Situation nicht nur auf die Neuordnung der Finanzmärkte beschränken. Die Finanzmarktkrise hinterlässt zunehmend ihre hässlichen Spuren in der Realwirtschaft. Es gehört daher jetzt auch zur globalen Verantwortung der Wirtschaftspolitik die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise so gering wie möglich zu halten. Die Finanzmarktkrise und der Konjunkturabschwung verstärken sich schließlich wechselseitig.

Nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben diese Krise verschuldet und schon gar nicht die in Deutschland. Es ist daher eine Frage elementarer Gerechtigkeit, dass sie jetzt, wenn ihre Arbeitsplätze, nicht zuletzt durch die Krise der Finanzmärkte bedroht sind, die Unterschützung des Staates verlangen.

Die in Deutschland ideologisch begründete Ablehnung von Konjunkturprogrammen, ja schon die Angst vor dem Begriff des „Konjunkturprogramms“, sucht Ihresgleichen im internationalen Kontext. Die hierzulande häufig anzutreffende begriffliche Kombination von

Konjunkturprogramm und Strohfeuer hat allerdings mit der Realität nichts zu tun. Sie ist falsch.

Erst jüngst haben zwei ausführliche Untersuchungen, die eine vom IMF, die andere vom Brookings Institute, gezeigt: Konjunkturprogramme wirken. Es sind jedoch Regeln zu beachten, will man Erfolg haben.

Regel Nr. 1: Die Konjunkturprogramme müssen von der Geldpolitik unterstützt werden.

Regel Nr. 2: Man muss schnell handeln.

Regel Nr. 3: Man muss koordiniert handeln.

Das IMK schlägt daher vor, dass ECOFIN in Kooperation mit der EZB einen Beschluss fasst, dass jedes Mitgliedsland 1 % seines BIP für Konjunktur stabilisierende Maßnahmen einsetzt. Die Details obliegen jedem Mitgliedsland. Für Deutschland heißt dies, dass es ein Programm in Höhe von rund 25 Mrd. € geben müsste. Darüber hinaus müssen die

automatischen Stabilisatoren in vollem Umfang wirken. Die Maßnahmen sollten so ausgewählt werden, dass sie

- möglichst schnell umgesetzt werden können und wirksam werden,
- möglichst gezielt sein, d.h. bei den Maßnahmen ansetzen, die über die höchste konjunkturelle Wirksamkeit verfügen,
- möglichst zeitlich befristet sein, um nach der konjunkturellen Erholung nicht zu einer Überhitzung der Wirtschaft zu führen und mittelfristig die Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden,
- möglichst kompatibel mit einer nachhaltigen mittelfristigen finanzpolitischen Wachstumsstrategie sein sowie
- vom Impuls her ausreichend dimensioniert sein.

Vor diesem Hintergrund sind die bisher angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung zu kleinteilig.

Im einzelnen schlagen wir vor:

1. Vorübergehende steuerliche Entlastung der privaten Haushalte über pro Kopf Barschecks im Gesamtvolumen von rund 10 Mrd. Euro.
2. Der stärkste und unmittelbarste das Wachstum stützende Effekt geht von einer **Erhöhung der öffentlichen Investitionen** aus. Daher sollte sie auch einen gewichtigen Schwerpunkt des Wachstumspaketes mit einem Volumen von 10 bis 12 Mrd. Euro im nächsten Jahr ausmachen.
3. **Zeitlich befristete spezifische Kredithilfen sowie Investitionen und Beschäftigungsanreize im Bereich der ökologischen Modernisierung** und zur Förderung von Handwerksdienstleistungen: in einem Gesamtvolumen von etwa 3 bis 5 Mrd. Euro.

Voraussetzung für einen durchschlagenden Erfolg ist, dass es in einen Beschluss des Rates Wirtschafts- und Finanzminister auf europäischer Ebene eingebunden ist und auch die EZB dieses Programm mit ihrer Politik unterstützt.

Das alles ist nicht nur ein normales Konjunkturprogramm, mit dem man einem zyklischem Phänomen routinemäßig zu begegnen trachtet. In der gegenwärtigen für die Stabilität unserer wie auch der Weltwirtschaft so kritischen Situation wäre es auch ein Beitrag zur Gerechtigkeit.